

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Ost- und Westpreußen 12 M., in vorwärts. Für Postbezug nehmen sämtliche Postämter Bestellungen entgegen. Unter Streifenband bezogen für Deutschland, Österreich, Ungarn, Danzig, das Saar- u. Weimergebiete sowie die früheren deutschen Gebiete Polens u. Litauens 20 M., für das übrige Ausland 27 M. per Viertel bez. für Deutschland u. Österreich-Ungarn 35 M. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 4-6.

Die achtspaltige Kompositionsspalte oder deren Raum kostet 6.— M. einschließlich Teuerungszuschlag. Kleine Anzeigen: Das fertige Druckwort 2.— M., jedes weitere Wort 1,50 M. einschließlich Teuerungszuschlag. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 3,00 M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: Das fertige Druckwort 1,50 M., jedes weitere Wort 1.— M. Fernsprecher: Zentrum 15230—15239

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Der fünfte deutsche Städtetag

Von A. Hente

Vom 22. bis 24. Juni tagte in Stuttgart die 5. Mitgliederversammlung des Deutschen Städtetages. „Prunkvolle Ausstellungen“ oder „große Festlichkeiten“ — sonst die Hauptsache bei diesen Versammlungen — mußten diesmal unterbleiben; immerhin wird der 5. Deutsche Städtetag den Städten Stuttgart und Reutlingen ein teures Vergnügen geworden sein. Stuttgart allein sollen die Kosten auf 800 000 Mark zu stehen kommen.

Der Deutsche Städtetag ist die größte der deutschen Städtevereinigungen. Er umfaßt zur Zeit etwa 220 Städte und 18 Städteverbände, also nur einen — wenn auch bedeutenden — Teil der deutschen Städte überhaupt. Sein Zweck ist laut § 1 der Satzungen „die Wohlfahrt der ihm angehörenden Gemeinwesen zu pflegen, die gemeinschaftlichen Interessen der Städte zu wahren und die Kenntnis und Ausbildung der Verwaltungseinrichtungen untereinander zu fördern“. Er ist eine einflussreiche Interessenvertretung der deutschen Bourgeoisie. Eine Vertretung zudem, in der der deutsche Liberalismus von jeher — die Gründung des Städtetages erfolgte um die Mitte der sechziger Jahre des vorigen Jahrhunderts — eine hervorragende und deshalb um so traurigere Rolle gespielt hat. Wie der Liberalismus stets mit Argusaugen darüber wacht, daß dem Proletariat nicht zu viel politische Rechte zuteil wurden, so hat er besonders auf den Rothhäuten dahin gewirkt, zu verhindern, daß die Arbeiter einen nennenswerten Einfluß auf die städtische Verwaltung erlangten. Es ist deshalb in erster Linie auf Schuldkonto des Liberalismus zu setzen, daß die in mancher Richtung großartige Entwicklung deutschen Städtewesens, die parallel ging mit der rasiden Entwicklung des deutschen Kapitalismus, nicht ihre Widerspiegelung fand in einem entsprechenden Ausbau der Städteverfassungen. Die vielgerühmte Schöpfung des Frh. von Stein wurde im Gegenteil in wichtigen Punkten rückwärts revidiert. So haben die Magistratsorgane in letzter Zeit aus wesentlich ausführenden entscheidenden Organen der städtischen Verwaltung verwandelt. Von Berichtsleistungen des Wahlrechts gar nicht zu reden.

Inzwischen hat der November 1918 bekanntlich allen über 20 Jahre alten Personen männlichen und weiblichen Geschlechts das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht gebracht, für die Gemeinden freilich mit der Einschränkung, daß die staatliche Gesetzgebung das Stimmrecht von einer Aufenthaltsdauer bis zu einem Jahre abhängig machen kann. Und schon beginnt sich das Bild des Städtetages zu ändern. Mit der Allein Herrschaft der Bürgermeister auf seinen Tagungen ist es vorbei. Das hat die jüngste Versammlung des Deutschen Städtetages ergeben.

Zwar die rückständige städtische Verwaltungsbürokratie hatte die große Mehrheit der Teilnehmer hinter sich. Sie wußte sich in ihrem Jubel kaum zu fassen, wenn es mit leichter Mühe gelang, die Opposition unserer Parteivertreter niederzustimmen. Die Mehrheit bedurfte dazu nur eines strupelosen und gerissenen Führers. Den hatte sie in dem Berliner Oberbürgermeister Böß, so, wie sie ihn sich nur wünschen konnte. Grundzüge der Demokratie oder die einfachen Selbstverständlichkeiten jedweden parlamentarischen Verfahrens existierten für ihn nicht. Wiederholt kam es vor, daß dieser Vorstehende, wenn einer unserer Genossen über die geschäftsordnungsmäßige Behandlung eines Antrages reden wollte und schon auf dem Podium stand, schnell einen entsprechenden Vorschlag machte, der auf die Abwägung des Antrages und damit der Opposition gerichtet war. Die Geschäftsführung dieses neugeborenen, mit den Stimmen der Rechtssozialisten gewählten Oberbürgermeisters war so standalös, daß sie außerhalb der Beratungen selbst von seinen bürgerlichen Kollegen abfällig beurteilt wurde. Die Folge davon war wohl, daß ein kommunalistischer Antrag, den Herr Böß am ersten Verhandlungstage überhaupt nicht zur Beratung ersten wollte, am zweiten Verhandlungstage beraten und zur Abstimmung gebracht wurde. Wie dann allgemein am Freitag deutlich zu hören war, daß die so unliebsam empfundene Opposition Herrn Böß samt seiner schrei- und trampelhaften Mehrheit am Tag zuvor bereits andere Maßnahmen beigebracht hatte. Die Reden der Kommunisten wie unserer Vertreter wurden weit ruhiger angehört als zuerst und wenn der Vorstehende auch seine unerhörte Geschäftsführung vom Donnerstag fortzusetzen suchte, so merkte man ihm doch an, daß etwas dazwischen gekommen war.

Immerhin taten die bürgerlichen Oberbürgermeister, Bürgermeister, Stadträte, Senatoren und was sonst die große Mehrheit bildete, nur, wozu sie ihr Klassenhah und das Klasseninteresse trieb. Was soll man aber von den rechtssozialistischen Oberbürgermeistern sagen, die den Böß und seine Klassenossen ruhig gewähren ließen, oder sie gar mit Renegateneifer gegen die Unabhängigen unterstützten? Was soll man sagen von den „zahlreich“ anwesenden Mehrheitssozialisten, die die Opposition entweder durch Schweigen oder durch Ablehnung ihrer Anträge bekämpfen halfen?

Die Oragesch = Gefahr

Eine Warnung des Genossen Lipinski

II. Dresden, 29. Juni.

Im sächsischen Landtag ergreift heute der Unabhängige Minister Lipinski zur Beantwortung der deutschnationalen Anfrage, die sich mit der in der Presse schon lebhaft erörterten deutschnationalen Geschäftsstelle befaßt, das Wort. Er führte aus, daß in Sachsen trotz des Verbotes weitere Anwerbungen für den ober-schlesischen Selbstschutz stattgefunden hätten. Der Schutz Ober-schlesiens sei für die Angeworbenen nur ein Vorwand, um im Reich eine bewaffnete reaktionäre Macht zu bilden (große Unruhe rechts). Die Angeworbenen hätten Einzelschulden bekommen, da größere Transporte aufgefallen wären. Einige in Leipzig angeworbene Mitglieder seien angehalten worden und hätten so belastende Aussagen gemacht, daß der Minister erst in Leipzig, dann in Dresden Hausdurchsuchungen abhalten ließ. Es sei sehr belastendes Material vorgefunden worden, das dem Staatsanwalt zur strafrechtlichen Verfolgung übergeben worden sei. Aus einem vorgefundenen Verzeichnis seien 151 Angeworbene namentlich festgestellt worden. Das Ministerium habe keine Spitzelaktionen angeordnet, billige aber das Vorgehen der Polizeibehörden.

Oragesch und Popo

In Sachsen sind in der letzten Zeit wiederholt Werbebüros für rechtsputschliche Organisationen ausgedehnt worden. Es hat sich dabei herausgestellt, daß sogar auf den Büros der Deutschnationalen Volkspartei verbotene Werbungen für die ober-schlesischen Freischärler vorgenommen werden. Den Polizeibeamten, die die Hausdurchsuchungen vorgenommen haben, ist ihr Pflichterfüllen jedoch nicht gut zu stehen gekommen. Sie werden jetzt schikaniert, beschimpft und verfolgt, teilweise sogar durch die eigenen Vorgesetzten. Das ergibt sich aus folgender Anfrage, die die Rechtssozialisten im sächsischen Landtag an die Regierung gerichtet haben:

„Mit der Staatsregierung bekannt, daß die Polizeibeamten, die in Dresden und Leipzig das Vorhandensein von Werbebüros für bewaffnete rechtsputschliche Organisationen aufdecken, nicht nur von den Parteigegnern in der Öffentlichkeit in nicht zu überbietender Weise, sondern auch von Dienstvorgesetzten beschimpft sowie durch verletzende Bemerkungen und sonstige Schikane belästigt worden sind? Ist der Regierung ferner bekannt, daß die von den Beamten in der Öffentlichkeit benutzten Dienstvorschriften mitgeteilt worden sein können? Ist der Regierung bekannt, daß auch in allerletzter Zeit solche Werbungen noch vorgenommen worden sind? Was gedenkt die Regierung gegen das gemeingefährliche Treiben der Rechtsputschisten zu tun, und ist sie bereit, die pflichttreuen Beamten gegen derartige Beschimpfungen und Verdächtigungen in Schutz zu nehmen?“

Am Vorstandstisch sah der rechtssozialistische Oberbürgermeister Schmidt-München in „Krauslederner Hofe“ und ließ die Willkür des Berliner Oberbürgermeisters sich ausleben. Der rechtssozialistische Oberbürgermeister Beims-Magdeburg aber übertrumpfte seinen Genossen Schmidt, indem er unter dem Beifallsturm der Kommunalreaktionäre die Unabhängigen verhöhnte. Es war ein widerliches Bild politischer Charakterlosigkeit, das diese Rechtssozialisten zum Gaudium der Feinde des Proletariats der Welt boten.

„Jeder Klassenkampf ist ein politischer Kampf“. Der Kampf der Opposition auf dem 5. Städtetag gegen die noch sehr fest im Sattel sitzende städtische Verwaltungsbürokratie, war Klassenkampf und nichts anderes. Gleichwohl wurden die bürgerlichen Vertreter der Kommunalverwaltung nicht müde, immer wieder zu betonen, daß der Städtetag kein „politisches Parlament“ werden dürfe, daß die Politik an dieser Stätte nicht in Frage komme, ja, daß sie auch auf den Rathhäusern zu schweigen habe. Ist eine schlimmere Heuchelei denkbar? Gleichwohl machten die „Mehrheitssozialisten“ in Stuttgart ohne Wimperzucken auch diese Heuchelei mit.

Die Tagesordnung des 5. Städtetages war hochpolitisch; alle seine Einwirkungen auf die Gesetzgebung in Staat und Reich sind es nicht minder. Daß Kommunalpolitik Politik bleibt, auch wenn die Arbeiterklasse sie entsprechend den ihr von der Geschichte gestellten Aufgaben treibt, ist selbstverständlich. Auch unsere Kommunalpolitik soll zur Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse führen. Es erinnert an den Spitzbubentrick im Falle der Verfolgung: „Haltet den Dieb!“ zu rufen, wenn dieselben Leute, die früher auf den Städtetagen in Rationalismus und Monarchismus machten, nunmehr, wo sie die Gefahr zu wittern beginnen, die ihrer Herrschaft vom Proletariat droht, politische Neutralität mimieren, während sie Tag für Tag die nackte Interessenpolitik zugunsten der Bourgeoisie treiben. Es verrät aber auch einen hohen Grad von Stupidität, wenn

Die hier geschilderten Vorgänge sind durchaus nichts Neues. Schon beim Kapp-Putsch hat es sich gezeigt, daß zwischen der politischen Polizei und den Kappisten sehr enge Fäden gesponnen wurden. In seinem Buch „Von Kiel bis Kapp“ weist Koske ausdrücklich auf diesen Umstand hin. Er führt aus, daß die Polizei seinen Anordnungen entgegengearbeitet habe. Sie habe nur zum Schein Hausdurchsuchungen vorgenommen, ihn durch falsche Nachrichten beruhigt, die Kappisten aber, statt sie zu verhaften, gewarnt, so daß sie ihren Putsch ungehindert durchführen konnten.

An diesem Zustand hat sich inzwischen absolut nichts geändert. Das reaktionäre Beamtentum überwiegt auch in der Polizei. Diese hält es für ihre selbstverständliche Pflicht, die Rechtsputschisten zu beschützen. Wenn aber einige Beamte ihren Dienst wirklich gewissenhaft ausfüllen, objektiv und unparteiisch vorgehen, dann haben sie, wie der Dresdner Fall zeigt, nichts Gutes zu erwarten!

Das bayerische Doppelspiel

Die Telegraphen-Union meldete gestern, daß die bayerische Staatsregierung die Einwohnerwehr verboten habe. Ein paar Stunden später berichtet dasselbe Bureau, die bayerische Staatsregierung habe kein Verbot der Einwohnerwehr erlassen. Die erste Meldung beruhe auf einem Irrtum. Es sei lediglich im amtlichen „Bayerischen Staatsanzeiger“ die Verordnung des Reichstanzlers vom 25. Juni über die Auflösung der Selbstschutzorganisationen wiedergegeben worden.

Eine hübsche Komödie! Die bayerische Staatsregierung gibt damit noch einmal zu erkennen, daß sie nicht gewillt ist, die Auflösung der Einwohnerwehren ohne Hintergedanken durchzuführen. Sie sieht sich lediglich veranlaßt, die Verordnungen der Reichsregierung wiederzugeben und legt ausdrücklich Behauptung dagegen ein, als ob etwa auch sie auf dem Boden dieser Verordnung stehe. Reichsgesetze gehen nun nach der Verfassung bekanntlich über Landesgesetze, und die Landesregierungen haben die Pflicht, für die Durchführung der Gesetze und Erlasse der Reichsregierung Sorge zu tragen. In dem die bayerische Regierung erklärt, sie habe lediglich das Verbot der Reichsregierung wiedergegeben, von sich selbst aber kein Verbot erlassen, nimmt sie indirekt gegen die Reichsregierung Stellung. Bei einem solchen niederträchtigen Spiel ist es beinahe selbstverständlich, daß sich die bayerischen Einwohnerwehren, um das Verbot der Reichsregierung nicht kümmern werden. Sie haben dabei ja die eigene Landesregierung hinter sich, die ihnen jederzeit Rückendeckung verschaffen wird.

Wenn die Reichsregierung den bayerischen Machthabern nicht endlich mit aller Deutlichkeit zeigt, daß sie sich keine Separatstände erlauben dürfen, wird Bayern die Reichsregierung solange verhöhnern, bis eine neue Katastrophe da ist.

die Herrschaften meinen, mit solchen Spitzbubentrick ihre ins Wanken geratene Herrschaft halten zu können.

In dieser Situation hatten die Vertreter unserer Partei auf der Stuttgarter Tagung einen schweren Stand, um so schwerer, als sie die eigenen Klassengenossen gegen sich hatten. Die U. S. P. D. kann von der Tätigkeit ihrer Vertreter befriedigt sein. Wohl schien es zunächst, als wenn die Neuheit der Umgebung, die Ueberzahl der Gegner wie deren brutale Unzuldsamkeit, nicht minder wohl auch die Autorität der gegnerischen Wortführer etwas lähmend auf die Fraktion der U. S. P. wirkten. Doch dieser Schein wich schnell einer erschreckenden Initiative, der gegenüber die Gegner sich einfach läppisch benahmen. Ein paar Beispiele zum Beweis dafür.

Es war das selbstverständliche Recht jedes Teilnehmers, bei der Umänderung der Statuten Anträge einzubringen, wie der Vorstand selbst eine größere Anzahl gedruckt vorgelegt hatte. Unsere Genossen machten Gebrauch von diesem Recht, indem sie die Satzungen im Sinne der Gleichberechtigung aller Mitglieder zu ändern suchten. Es galt vor allem, dem Vorstand seine Selbstherrlichkeit zu nehmen, die ihn sich selbst ergänzen, einen Studienauschuss einsetzen, kurz, alles mögliche tun läßt, was, wenn nicht von der Mitgliederversammlung, so doch vom Hauptauschuss des Städtetages getan werden könnte und mußte. Um die zahlreichen eigenen und anderen Anträge ohne zu große Belastung des Plenums sachdienlich beraten zu können, beantragten unsere Genossen die Einsetzung eines Ausschusses. Das wurde höhnisch abgelehnt. Jetzt wurde jeder einzelne Antrag im Plenum besprochen, was natürlich zeitraubend war. Darüber geriet die „große Mehrheit“ so sehr in Erregung, daß sie mehrmals die Anträge der verhassten Unabhängigen annahm, worauf Herr Böß dann jedesmal süßauer bemerkte: es liege wohl ein Widerspruch vor. Nun wurde der soeben mit „großer Mehrheit“ angenommene Antrag mit ebenso großer Mehrheit

Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit

Vorschläge des Volkswirtschaftlichen Ausschusses des Reichstags

Der Volkswirtschaftliche Ausschuss des Reichstags beschäftigte sich am Mittwoch mit dem Antrage seines Unterausschusses, der die grundsätzliche Regelung der Erwerbslosenfürsorge behandelt. Zur Lösung dieses Problems soll in erster Reihe eine planmäßige Umschichtung der Bevölkerung beitragen. Erwerbslose, die keine Beschäftigung finden können, bedürften einer finanziellen Unterstützung, die ihnen ein Existenzminimum sichere. Dabei sollte jedoch in erster Linie die zwingende Notwendigkeit, den Beschäftigungslosen Arbeit zu beschaffen. Zum Zwecke der

Umschichtung der Bevölkerung auf das Land

wird vorgeschlagen: 1. eine großräumige Neusiedlung und Anliegersiedlung, 2. die Bereitstellung der dazu erforderlichen Mittel, 3. eine Umänderung des Reichsiedlungsgesetzes, wodurch die jetzt bestehenden Dammnisse der Siedlung beseitigt werden, 4. die Anwerbung ländlicher Arbeiter für Landwirtschaft und Gartenbau. Die produktive Erwerbslosenfürsorge sollte diese Anwerbung durch Gewährung eines angemessenen Zuschusses für die Dauer der Anlernzeit fördern, 5. die Schaffung von Kulturgütern, namentlich um die großen Städte, durch Kulturmachung von Dächern und Ausbau zu agrarischer Siedlung zwecks Versorgung der Bevölkerung mit Gemüse, Obst u. a., 6. die Förderung der Reaktionen, Kultivierung und Befriedung von Moorländern unter möglicher Berücksichtigung des Naturschutzes.

Was die Arbeitsbeschaffung betrifft,

so kam der Unterausschuss zu dem Ergebnis, daß eine Förderung des Baugewerbes in Stadt und Land zu erfolgen habe, und zwar 1. durch Bauhilfen, 2. durch Anrechnung der privaten Bautätigkeit auf dem Wege steuerlicher Erleichterung und freier Verfügung über Neubauten, 3. durch die Bekämpfung unnoch nicht hoher Preise der Baustoffe (Aufhebung der Verordnung vom 29. Juni 1916 betr. das Verbot der Erziehung von Werken zur Herstellung von Zement), 4. durch schärfere Förderung des Baues von Kanälen, Talstraßen sowie andere Arbeiten, die einer Förderung des Verkehrs und der Wirtschaft dienen, eventuell unter Bereitstellung von Mitteln aus der produktiven Erwerbslosenfürsorge, 5. durch Neubau notwendiger Verkehrsstraßen und durch Wiederherstellung der vielfach sehr stark abgenutzten Landstraßen und Wege, 6. durch Festschneidung der Wiederaufführungsarbeiten, 7. soll mit den Mitteln der produktiven Erwerbslosenfürsorge die allgemeine Ausbesserungsarbeit an den Wohnhäusern gefördert werden. Schließlich ist der Unterausschuss der Ansicht, daß eine

sofortige Inangriffnahme öffentlicher Arbeiten

in weitestem Umfange zu geschehen habe.

Nach Ansicht des Unterausschusses sollen in erster Linie die für die öffentlichen Verkehrsbetriebe erforderlichen Erneuerungsarbeiten ohne jeden Verzug in Angriff genommen werden. Die Mittel für weitere Arbeiten seien schon jetzt bereit zu stellen. Den Unternehmern ist die Verpflichtung aufzuerlegen, entsprechend der Größe des jeweiligen Auftrages Arbeitslose einzustellen. Soweit die vorhandenen Betriebe einzelner Industriezweige nicht ausreichen, bestimmte Arten der verfügbaren Aufträge allein auszuführen, soll zunächst zum Zwecke der Unterbringung der Arbeitslosen ein entsprechender Teil dieser Aufträge an geeignete andere Betriebe vergeben werden. Notigenfalls sei die

Umstellung von Betrieben

zur Herstellung dieser Arbeiten sofort zu veranlassen. Bei allen Arbeitsaufträgen der öffentlichen Verwaltungen des Reiches, der

Länder und der Gemeinden, die in der heutigen Notzeit vergeben werden, soll der Unternehmergewinn auf ein den Verhältnissen angemessenes Höchstmaß begrenzt werden. Den Arbeitern sind, um Arbeitslosigkeit zu vermeiden, die Tariflöhne sicherzustellen. Erhöhte Aufmerksamkeit soll auf die Arbeitsbeschaffung für Erwerbsbedürftige gerichtet werden. Was

das Gebiet der Arbeitsvermittlung

betrifft, so war der Unterausschuss der Meinung, daß die Zahl der ausländischen Landarbeiter nach Möglichkeit zu vermindern sei, solange die allgemeine Arbeitslosigkeit herrsche. Bei Erd-, Kanal-, Eisenbahn-, Straßenarbeiten und Restaurationen, deren Kosten ganz oder teilweise aus öffentlichen Mitteln bestritten werden, dürfen Arbeitskräfte in der Regel nur durch Vermittlung der Arbeitsnachweise entnommen werden. Langfristig Erwerbslose sollen bei Hausarbeiten bevorzugt eingestellt werden, eventl. unter Zahlung eines höheren Förderungslohnes aus der produktiven Erwerbslosenfürsorge. Des weiteren wünschte der Unterausschuss die Verbesserung von Deputatwohnungen, die Unterbringung erwerbsloser Arbeiter aus der Stadt in diese Wohnungen. Die Gewerkschaftsorganisationen sollen zur Vermittlung solcher Arbeitskräfte angetrieben werden. Zwischen den städtischen Arbeitsnachweisen und den Arbeitsvermittlungen der Landwirtschaftskammern ist nach Ansicht des Unterausschusses eine lebendige Verbindung herzustellen. Es soll dadurch eine zahlreiche Vermittlung ländlicher Arbeitskräfte für die Landarbeit erreicht werden.

Schließlich berücksichtigte der Unterausschuss die allgemeinen volkswirtschaftlichen Maßnahmen

zur Regelung der Erwerbslosenfürsorge. Angesichts der bevorstehenden Steigerung der Getreide- und Brotpreise, der Mietpreise, der Kohlenpreise, angesichts ferner der in Aussicht stehenden starken Steuerbelastung sei eine Nachprüfung der Gewinnpolitik in Industrie, Handel und Landwirtschaft und der Vereinbarungen der Kartelle, Konventionen dringend erforderlich. Bei Arbeitslosigkeit, die durch Kampfmaßnahmen zwischen Lieferanten- und Abnehmer-Verbänden entsteht, sollen die Verbände, die diese Maßnahmen anordnen und durchführen, sowie die Mitglieder dieser Verbände verpflichtet sein, den hierdurch erwerbslos gewordenen Arbeitnehmern den Lohnausfall zu ersetzen.

Schließlich wurde vom Unterausschuss betont, daß die in Aussicht stehenden Preissteigerungen und die Gefahr einer Verschlechterung unserer Saluta infolge der Reparationsverpflichtungen auf die

Wahrscheinlichkeit großer sozialer Kämpfe

in näherer Zukunft hindeuten. Deshalb werde die Regierung erucht, schleunigst zu prüfen, ob nicht die Abwälzung der in Aussicht stehenden Geldentwertung durch gesetzliche Maßnahmen zu erleichtern sei. Dabei soll besonders geprüft werden, ob nicht auf der Grundlage der amtlich ermittelten Teuerungszahlen von Zeit zu Zeit alle Löhne und Gehälter selbstständig der Preisentwicklung nach oben und unten anzupassen seien.

Im Wesentlichen wurden diese Vorschläge von dem Ausschuss angenommen. Der bürgerliche Block aber beschloß gegen die Stimmen der Sozialisten, den letzten Antrag, wonach die Regierung aufgefordert wird, wegen der zu erwartenden Preissteigerungen gesetzliche Maßnahmen zu treffen, zu streichen. Die bürgerlichen Parteien wollen eben keinen Schutz der Lohn-, Gehalts- und Rentenempfänger vor der Bereicherung.

sich der heutigen Regierung stellt. In dieser sonderlichen Zeit wechseln häufig genug Regierungen und auch Rechtsgrundzüge. Alles fließt. Da läßt ein kluger Mann sich eben treiben, bis er eines Tages die richtige Regierung und die richtige Amnestie gefast hat.

Also Hohst und Spott über den Schiffer, der sich im Reichstag hinsetzt und sagt: Die Nürnbergergänger hängen keinen, es sei denn, sie haben ihn! Der Jagow könnte natürlich gepöbel werden, wenn Schiffer es wollte. Aber dieser Schiffer hat den Kappisten im März 1920 Amnestie verprochen, und sie muhten dafür als Gegenleistung den Kampf gegen den „Bolschewismus“ aufnehmen. Sie haben diese Arbeit gründlich befohlen, und Schiffer ist ihnen deshalb zu Dank verpflichtet. Er behütet nun die Kappisten wie seine Kinder und schüßt sie vor den Führern der Verfolgung. Ein feiner Mann, dieser Justizminister! In einem Rechtsstaat würde man alle Ursache haben, ihn zum Objekt der Kritik zu machen. In Deutschland wird er seines Amtes leider weiter waltend können. Aber er soll von niemand verlangen, einer Justiz Achtung entgegenzubringen, die unter seiner Leitung steht.

Die Wiedergutmachung

Berlin, 29. Juni.

Wie wir hören, ist bei den Verhandlungen mit dem Garantie-Komitee festgestellt worden, daß außer der bis zum 31. August zu zahlenden 1 Milliarde Goldmark in dem ersten Reparationsjahr bis zum 1. Mai 1922 an Denks nur noch 300 Millionen Goldmark zu zahlen sind, während die übrigen, nach dem Zahlungsplan zu leistenden Summen durch Sachleistungen und durch die Erhebung der Ausfuhrabgabe in den Entente-Ländern abgegolten werden.

Das Ende des englischen Grubenstreiks

Die Bedingungen für die Einstellung des Kampfes.

London, 29. Juni.

Lloyd George legte gestern im Unterhause die bereits gemeldeten Bedingungen des Uebereinkommens zwischen den Zechenbesitzern und den Bergarbeitern, die zur Beendigung des Streiks führten, auseinander. Der Premierminister erklärte, die Forderungen der Bergarbeiter nach dem „Pool“ seien endgültig aufgegeben worden. Das Uebereinkommen sichert auf einer befriedigenden Grundlage den Frieden auf lange Zeit. Man habe sich auf einen Standardlohn geeinigt. Nach Zahlung dieses Standardlohnes und nach Deduktion der anderen Ausgaben würden die Zechenbesitzer 17 Pfund Sterling für je 100 Pfund erhalten, die in Standardlöhnen ausgezahlt würden. Alle weiteren Erträge würden im Verhältnis 83:17 zwischen den Bergarbeitern und den Zechenbesitzern verteilt werden. Dadurch sei der Arbeiter mit dem Unternehmer an den Erträgen der Industrie beteiligt und erhalte auf diese Weise ein direktes Interesse an der Produktivität der Industrie und einen unmittelbaren persönlichen Anstoß zur Anstrengung. Es sei wohl niemals in der Geschichte einer Industrie, auf jeden Fall niemals in England, eine so große und wissenschaftliche Anwendung der Gewinnbeteiligung durchgeführt worden.

Bzüglich der Beihilfe von 10 Millionen Pfund von Seiten der Regierung erklärte Lloyd George, er sei überzeugt, daß ohne

eine Unterstützung von Seiten der Regierung augenblicklich nur eine teilweise Wiederaufnahme der Arbeit stattfinden würde. Er hoffe, daß der neue große Plan neue Beziehungen zwischen Kapital und Arbeit schaffen werde, nicht nur in der Kohlenindustrie, sondern in allen Industrien, und daß das neue System die Nation für den bisher angerichteten Schaden reichlich entschädigen und eine Zeit des Zusammenwachsens im Lande einleiten werde.

Die Verteidigungsmacht, die kurz nach Ausbruch des Bergarbeiterstreiks gebildet wurde, wird sofort aufgelöst.

Der Krieg in Kleinasien

II. London, 29. Juni.

Aus Konstantinopel wird gemeldet: In den letzten drei Tagen haben in der Gegend von Ismid heftige Kämpfe stattgefunden. Die Griechen versuchten die 1. Division zurückzuführen. Die Kemalisten ergriffen die Gelegenheit, um die sich zurückziehenden Truppen zu belästigen. Die türkischen Kanonen beschossen Ismid, das von Marineinfanterie verteidigt wird. Die griechischen Kriegsschiffe im Hafen antworteten heftig. Schließlich wurden die Griechen gezwungen, einen Teil der 1. Division zurückziehen.

Nach türkischen Zeitungsmeldungen hat der türkische Befehlshaber eine Note an den griechischen Botschafter von Smyrna gerichtet, in der er ihn auffordert, zur Vermeidung von Blutvergießen die Stadt innerhalb einer Woche zu räumen. Zwischen den Kemalisten und griechischen Vertretern fanden bereits Unterhandlungen statt, um die Bedingungen für die Übergabe der Stadt festzusetzen. Die Einschiffung von Flüchtlingen nach den Inselgruppen, vor allem nach Lemnos, fand unter der Aufsicht der griechischen Marineinfanterie statt.

Die Räumung Oberschlesiens

Der englische General Henniker hat gestern früh dem Führer des deutschen Selbstschutzes mitgeteilt, daß der Rückzug der polnischen Insurgenten aus der ersten im Räumungsplan vorgesehenen Zone tatsächlich beendet ist. Darauf hat General Höfer — gemäß den getroffenen Vereinbarungen — sofort die Umgruppierung des deutschen Selbstschutzes eingeleitet.

Ueber den Rückzug der Polen liegen folgende Meldungen vor: Das Rathaus in Hindenburg ist geräumt, die polnische Fahne eingezogen; einzelne Abteilungen rücken in östlicher Richtung ab. In den Dörfern wird auf Grund der Verfügung der Interalliierten Kommission vom 29. Mai die neue Polizei gebildet.

Die Stadt Lauban ist seit 27. d. M. abends von Insurgenten frei, der Bahnhof ist noch besetzt. In der Richtung Kudzmitz sind 25 französische Lastautos abgefahren zur Abholung von englischen Truppen.

Der Zug des Internationalen Roten Kreuzes nach Kattowitz wird, wie aus zuverlässiger Quelle verlautet, nunmehr nicht mehr verkehren, da nach durchgeführter Räumung der wieder einsetzende regelmäßige Eisenbahnverkehr besondere Flüchtlingszüge überflüssig machen wird.

Wiederaufbau des Leipziger Volkshauses. Für das bei den Leipziger Unruhen in Brand geschossene Leipziger Volkshaus sind aus Staatsmitteln schon 2 Millionen M. bewilligt worden. Jetzt werden weitere zwei Millionen Mark als Darlehen angefordert. Der Haushaltsausschuß des Reichstages hat beschlossen, diese Anforderung und Bewilligung der Gewährung eines weiteren Darlehens in Höhe von zwei Millionen Mark mit 11 sozialistischen kommunistischen gegen 10 bürgerliche Stimmen.

heit abgelehnt. Das wirkte selbstredend so lächerlich wie es gegen alle parlamentarische Geschäftsordnung war. Der „rechtssozialistische“ Oberbürgermeister Beims aber konstatierte, die Unabhängigen könnten nicht verbergen, daß sie einen Misserfolg davongetragen hätten. Welche überlegene Weisheit eines ehemaligen Arbeiters, den die Revolution zum Amt eines Oberbürgermeisters verhalf!

Die Blamage der großen bürgerlichen Mehrheit wurde dadurch nicht verringert, daß sie schließlich einige Anträge unserer Genossen annahm. Es ist eine bittere Pille, die die nichts weniger wie fortschrittliche „Würztemberger Zeitung“ der reaktionären Mehrheit des Deutschen Städtetages zu schlucken gibt, wenn sie unseren Genossen attestiert, daß sie eine „kluge Taktik“ verfolgten und „daß das kleine Häufchen der äußeren Linken in persönlicher Fühlung sich zusammenschließen konnte, und eine fast streng abgeschlossene Insel im großen Meer der Majorität bildet.“

„Die Geschlossenheit, die dabei zutage trat, der innere Zusammenhalt und der rege Meinungsaustausch, der gepflegt wurde, und endlich die Aufmerksamkeit, mit der man den Verhandlungen folgte, ließen keinen Zweifel darüber, daß die Unabhängigen und Kommunisten nach einem vorgezeichneten Plan vorgingen. Der Deutsche Städtetag wird von ihnen lernen können.“

Um wieviel größer hätte der Erfolg sein können, wenn nicht die Rechtssozialisten so elend nach dem Rate ihrer vier Oberbürgermeister sich benommen und „weise Enthaltensamkeit“, wie Beims es nannte, geübt hätten! Merkt's ihr Arbeiter!

„Die Lage der Städte“ ist in Stuttgart besprochen worden. Oberbürgermeister Luther-Essen hielt darüber ein rethorisch glänzendes Referat. Aber nicht einen Schritt führte er seine Hörer aus dem längst zu eng gewordenen Kreis bürgerlichen Denkens hinaus. Die drei Referenten aber, die den anderen wichtigen Punkt der Tagesordnung: „Das Gemeindeverfassungsrecht“ zu behandeln hatten, erwiesen sich zwar noch verknöchert in ihren Anschauungen, dafür aber um so dürre in ihrer Redekunst. Ihnen gegenüber vertraten unsere Genossen den Grundsatz: „Daß über Gemeindeangelegenheiten nur die gewählten Gemeindevertreter zu entscheiden haben.“ Natürlich wurde auch dieser Grundsatz mit großer Mehrheit abgelehnt.

Hohle Worte, wie „Freiheit der Städte“, „uneingeschränkte Selbstverwaltung“, „Sieg des deutschen Geistes“ usw. wurden von den bürgerlichen Rednern schier bis zum Uebelwerden gesprochen. Die passende Illustration dazu hat das gleichzeitig im Regierungsblatt für Württemberg publizierte Polizeiperzesseh, durch das den württembergischen Gemeinden und Städten zumal das Selbstverwaltungsrecht erneut erheblich eingeschränkt wird. Die Reaktion im Reich, Staat und Gemeinde arbeitet und die Verwaltungsbureaucratie schreit derweil den Spießbürger mit dem roten Gespenst oder verleiht ihm die Augen mit schleimigen Phrasen. In Bayern, Sachsen, Preußen und anderswo in deutschen Ländern sind neue Kommunalverfassungen in Arbeit; der 5. Städtetag hat erkennen lassen, welche starken Kräfte in den Städten tätig sind, jene Arbeit konterrevolutionär zu beeinflussen oder, wo das nicht gelingt, jede Arbeit zugunsten einer gedeihlichen kommunalen Entwicklung zu sabotieren.

Es genügt, zur Kennzeichnung dieser wahrhaft entwicklungsfördernden Mächte noch hervorzuheben, daß sie einig waren in dem Streben nach Entkommunalisierung, sowie darin, aus den kommunalen Eigenbetrieben möglichst hohe Ueberschüsse herauszuwirtschaften, um so den Siegeslauf des Sozialismus zu hemmen und auf Kosten der großen Konsumentenmasse Besitz und Vermögen vor weiteren Steuern zu schützen.

Ein Wort noch über die Kommunisten. Sie waren nur in geringer Zahl vertreten. Nichts von dem haben sie erfüllt, was die „rote Fahne“ als „Laten“ der Kommunisten auf dem Städtetag in Aussicht gestellt hatte. Dafür überboten sie sich in konfusen oder großprecherischen Redensarten, hinter denen die totale kommunalpolitische Unfähigkeit nur zu sichtbar wurde. Wo sie aber — wie bei dem berechtigten Protest gegen die Entrechtung kommunalistischer Kommunalvertreter durch den preußischen Minister des Innern — das proletarische Klasseninteresse zu wahren suchten, fanden sie die energische Unterstützung der Unabhängigen.

So haben allein die letzteren im Kampfe mit der städtischen Verwaltungsbureaucratie als ernst zu nehmende und ernst genommene Gegner sich betätigt. Die Vertreter der U. S. V. haben dahin gewirkt, daß der 5. Städtetag als der erste seiner Art durch das Klassenbewußte Proletariat ein besonderes Gepräge erhielt. Durch unsere Vertreter ist das Proletariat zum ersten Male auf einem Deutschen Städtetag so klug wie nachdrücklich als Klasse zum Worte gekommen. Es war erheitend, zu beobachten, wie die unabhängige Fraktionsbildung zwar verpönt, dann aber klug nachgebildet wurde.

Die Deutschen Städtetage, bisher Stätten rein bürgerlicher Interessenpolitik und stagnierender kommunalpolitischer Lebens, werden fortan hineingerissen werden in den Strom einer gesunden Entwicklung. Freilich wird es noch vieler und starker Anstrengungen bedürfen, um sie auf diesem Wege voranzutreiben. Das Klassenbewußte Proletariat wird in diesen Anstrengungen nicht erlahmen. Das Verdienst aber, diese Wendung in der Geschichte der Deutschen Städtetage herbeigeführt zu haben, darf allein die unabhängige Sozialdemokratie für sich in Anspruch nehmen.

Der Schiffer und sein Kind

Der Fall Jagow hat durch die Erklärung des Justizministers Schiffer im Reichstag eine Wendung genommen, die der Welt wieder einmal zeigt, daß sich die deutsche Justiz heute in den Dienst der herrschenden Klasse stellt. Kein Wunder, daß die reaktionäre Presse mit dem Schiffer, der so fürsorglich seines Amtes waltet, recht zufrieden ist und ihm obendrein noch eine Nase dreht. So äußert sich die „Post“ über den Fall Jagow:

„Jagow, auch organisatorisch der befähigste Polizeigewaltige, den Berlin je gehabt hat, nahm später als Regierungspräsident in Schlesien seinen Abschied mit einer mannhaften Erklärung für das Königtum, ließ sich im März vorigen Jahres von Kapp zum Minister des Innern bestellen und ist seitdem — ein gesuchter Mann. Er soll sich wegen Hochverrats gegen die Republik verantworten. Darüber sagt man heute. Man hat Jagows Kaution, ganze 500 000 Mark, aber Jagow selbst hat man nicht, obwohl er die Berliner Zeitungen täglich anscheinend an Ort und Stelle liest, ihnen gelegentlich prompt nach ihrem Erscheinen Zuschriften schickt und mit seiner grimmigen Satirika über dem Charakteristisch wohlwollenden Gesicht doch nur eine kriminalistische Klippkühleraufgabe für Jagow'sche Behörden sein läßt. Jagow wäre, was er trotz der Kapp-Episoden nie gewesen ist, ein Narr, wenn er

Billige Lebensmittel

Frisches Fleisch

Hammel-Vorderfleisch	Pfd. 8 ⁵⁰
Hammel-Keule	Pfund 10 ⁰⁰
Kalb-Vorderfleisch	Pfund 9 ⁰⁰
Kalbskeule	Pfund 11 ⁰⁰
Suppenfleisch	Pfund 8 ⁵⁰
Schmorfleisch	mit Knochen Pfund 12 ⁰⁰
Gehacktes	Pfund 10 ⁵⁰

Weißer Bohnen Pfund 95 ^{pt}
Tafelreis Pfund 2 ⁹⁵
Maisgries	entblüht u. entölt Pfund 2 ⁴⁰
Bandnudeln Pfund 7 ²⁵
Kunsthonig Pfund 4 ²⁵
Kohlrabi Mandel 1 ²⁵
Junge Schoten Pfund 1 ²⁰
Mohrrüben Großes Bund 1 ⁷⁵

Wirsingkohl Pfund 95 ^{pt}
Neue ital. Kartoffeln	Pfd. 1 ⁷⁰
Dänische Sahne	große Flasche 5 ²⁵
Gouda-Käse Pfund 10 ⁵⁰
Brie-Käse Pfund 8 ⁴⁰
Harzer Käse Pfund 7 ²⁰
Salzheringe	groß..... Stück 25 ^{pt}
Kaninchen	gefroren, ohne Kopf und Füße Pfund 4 ⁰⁰

Wurstwaren

Leberwurst	(nach Hallescher Art) Pfund 11 ⁰⁰
Rotwurst Pfund 11 ⁰⁰
Landleberwurst Pfund 13 ⁰⁰
Jagdwurst Pfund 18 ⁰⁰
Große Mettwurst Pfund 18 ⁵⁰
Margarine Pfund 7 ⁵⁰
Rinderfett Pfund 7 ⁵⁰

Garnitur Glanzbürste, Schmutzbürste, Auftragsbürste 8⁷⁵

Garnitur für Sand, Seife, Soda, 18⁷⁵

Kleiderbürsten	reine Borsten, poliert.. 6 ⁹⁵
Handfeger	poliert..... 7 ⁹⁵
Stubenbesen	poliert..... 12 ⁹⁵

Küchenschemel 6 ⁹⁵
Küchenstuhl 19 ⁵⁰
Zinkwaschwanne	mit Holzboden und Ventil..... 65 ⁰⁰

Schmortöpfe	emailliert..... 7 ⁵⁰ 9 ⁵⁰
Schmortöpfe	mit Ring, emailliert.. 9 ⁵⁰ 11 ⁹⁵
Mülleimer	mit Deckel, emailliert..... 24 ⁵⁰

Damen-Taschentücher

weiß Batist mit Hohlsaum, gestickter Ecke, mit kleinen Rosiflücken

Stück 2¹⁵

JANDORF

Belle-Alliance-Str. Große Frankfurter Str. Brunnenstr. Kolbuser Damm Wilmsdorfer Str.

Theater und Vergnügungen

Volkshöhne
7 1/2 Uhr: Die lange Jule
Sonntag, den 3. Juli, 3 Uhr:
Die Fiedermäuse

Neues Volkstheater
Königsplatz 48
7 Uhr: Die Lotalbahn

Staatstheater
Opernhaus
8 1/2 Uhr: Rosenkavalier
8 1/2 Uhr: Peer Gynt

Deutsches Theater
7 1/2 Uhr: Potisch u. Peetmutter

Kammerspiele
8 Uhr: Mesallianz

Großes Schauspielhaus
Südwall
7 1/2 Uhr: Die Sommertraum
(17. Abstellung, 5. Abend)

Königgräzer Str.
7 30 Uhr: Die Fiesche Ipieten
9 Uhr: Satans Maske
(Schulz, Wiemann, Wibi)
Freitag, 7.30 Uhr: Die Fiesche
Glaube und Heimat

Berliner Theater:
DAS
Milliarden
SOUPER

7.30 Uhr: Nicht ohne Liebe
8 Uhr: Die Fiesche
Koper, Paul Koper!

Komödienhaus:
Abendstück 7.30 Uhr:
Der blonde Engel
von Robert Winterberg
Paul Feldmann u. G.
Johanna von u. G.
u. G., Inge von der Grotten,
Ira Maron, Georg Koper,
Kurt Busch, Julius Rogg.

Residenz-Theater
7 1/2 Uhr: Max Walbert in
Wenn das Spiel gemacht
ist..... ab sofort

Trianon-Theater
Täglich 7 1/2 Uhr:
Lady Windermere's Fächer

Kleines Theater
7 1/2 Uhr: Olga Limburg in
Nur ein Traum

Komische Oper
7 1/2 Uhr: Die Oper 7 1/2
Alt-Heidelberg

Theater
am Rollendorfsplatz
7 1/2 Uhr:
Der Vetter aus Dingsda

Rose-Theater
7 1/2 Uhr:
Wo die Schwaben nisten

11. Folles Caprice 11
Schlafzimmergeheimnis
Liebe zu groß
mit Paul, Grotten

Leffing-Theater
Direkt: Victor Baranovsky
Abendstück 7 1/2 Uhr:
Die Ballerina des Königs
(Kochanin, Gög)

Deutsches Künigl-Theater
7 1/2 Uhr: Gekändals
(Kaltz, Korf, Otto)

Thalia-Theater
7 1/2 Uhr: Mascottchen

Walhalla-Theater
7 1/2 Uhr:
Die Siedlungsreise

7 1/2 Uhr: Apollotheater 7 1/2
Friedrichstraße 218
Täglich:
Tip-Tip Murrat
oder
Der Sport-Schlemihl
mit Wilhelm Hartstein

Theat. u. Koth. Ton
Tel. Moritzplatz 10071
Täglich 7 1/2 Uhr:
Ellie-Sänger
- 10 Herren!
- 1000 11-12 u. 13

Berliner Brater
Kastanien-Allee 7-9
Täglich 4 1/2 Uhr:
"Varieté"
Wenn Engel streiken!
Operette in 3 Akten

METROPO
KUNST- u. SPIELPLAN
Behrenstraße 54.
7 1/2 Uhr:
Intern. Damen-Boxkämpfe
und der unübertreffliche
Juni-Spielplan

Neue Welt
Arnold Scholz
Safenstraße 109/114
Donnerstag, den 30. Juni
Konzert und
Spezialitäten-
Vorstellung
Großes Kunst-
und Fronten-
Feuerwerk
Zum Schluss:
Ausbruch des Jesus
ausgeföhrt vom Vorredner
G. Irelandt
Anfang 8 Uhr
Außerdem: Großer Ball

Wanderfreunde finden die
schönsten Rabatte und Wan-
derungen in dem Buch von
Paul John, Leder, Woll und
Seide, Verlagsanstalt gebund.
8.-Mark. Zu beziehen durch
die Buchhandlung „Freiheit“
Berlin 42, Breite Straße 8-9

Film-Palast-Varieté

Koppenstraße 29. Tel. Kgl. 4714

Ab 1. Juli täglich 7 Uhr

Der große Varieté-Spielplan

Fischer und Bergl - Georg Gau
2 Bollingers - Wallis - Grete Dirkes

Int. Ringkämpfe

um das Carl-Abs-Memorial 1921

25 Ringer erster Klasse
Richard Schikal - Willi Urbach
Pietro Scholz - Willi Kuper
Hanson-Esch - Wladisl. Wroblawski

Nur Linkstraße 20!!

Stollwerk, Noetzell, Trumpf, Gemit, Spoer
und andere hochwertige Marken
zu Fabrikpreisen
Bonbons, Dragees, Pfefferminz-Fondants
in und unter Fachpreis
G. Wechselmann, Groß-
Berliner, Berlin W. Linkstr. 20
Fernsprecher: Kolonnenhof 879
Geschäftsjahr durchgehend von 1/9-7 Uhr.

Wanderkarten

für alle Gegenden erhält man in der
Buchhandlung „Freiheit“, Breite Str. 8-9

Wo gibts die billigsten Seifen

bei Seifenschneider,
Pücklerstraße 44.

ERÖFFNUNGS-VERKAUF im GARDINENHAUS I. ZIMET

Köpenicker Straße 102 - unweit Jannowitz-Brücke



Nach beendeter Umzug in unsere neuen Räume
laden wir zur Beschäftigung unseres bedeutend ver-
größerten Lagers ein. Unsere Ausstellung in
**GARDINEN, TEPPICHEN
DIWANDECKEN ETC. ETC.**
für den Eröffnungs-Verkauf darf als mustergültig
für Preise und Qualitäten hingestellt werden.

Davon nur einige Beispiele:
Gardinen, gewebt
2 Schals, 1 Beh., v. 75.- an
Gardinen, vom Stück
50-65 cm br., Mtr. 8.50 an
80-90 " " " 12.50 an
Stores . . . von 55.- an
Künstlergardinen, bunt,
echte Farben, von 118.- an
Bettdecken . 75.- an
Teppiche, Brücken,
Diwanddecken, Vorleger
in großer Auswahl
Jedes Stück ein Schlager!
Hübsche Eröffnungs-Geschenke!

Verein der Stereotypen u. Galvanoplastiker

Berlins und Umgegend
Die
Vertrauensmänner-Versammlung

findet am Sonntag, den 3. Juli, vormittags 10 Uhr,
im Graphischen Verrichtungs- u. Holzhandwerkshaus, 44, hat.

Tagesordnung:
Ausprache über berufliche Fragen.
Vertrauensmännerkarte des Berliner Gewerkschafts
Vollständiges Erscheinen erwartet Der Vorstand.

Verein der Berliner Buchdrucker und Schriftgießer

Montag, den 4. Juli, nachmittags 5 1/2 Uhr:
Generalversammlung

in „Deutsches Hof“, Ludowik-Str.
Tagesordnung:
Berichterstattung über die Tarif-Ausübung

In dieser Versammlung sind außer den Delegierten die Ver-
trauensleute und Deputiertenvertreter eingeladen.
Ohne Legitimation kein Zutritt!
Der Vorstand.

Bekanntmachung.

Gaspreis
Die Gemeindebehörden haben den Gaspreis für das Ver-
sehungsgelände sämtlicher Gemeindegewerke, also für alle
sanften Berliner, Charlottenburger, Neuköllner, Köpenicker,
Spandauer, Köpenicker, Tegeler, Wittenauer, Friedrichshagen-
Hermesdorfer und Heiligensee-Gaswerke mit Wirkung von der
im Laufe des Monats Juni 1921 erfolgten Standesnahme
ab einheitlich auf

1.50 M.
für das Kubikmeter festgesetzt.
Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 23. Juni 1921.
Berlin, den 29. Juni 1921.
Magistrat.
J. Nr. 8406 Gcl. 121. 8 8 8

Ausschreibung

In der dem hiesigen Wohlfahrtsamt eingetragenen Frauen-
beratungsstelle ist die Stelle einer
Frauenberaterin

sofort zu belegen. Rangfähige Wohnung in der Wohlfahrts-
pflege Bedingung; erfolgreicher Besuch einer staatlich aner-
kannten Wohlfahrtschule erwünscht. Gehalt jährlich 2800.- M.
bis 11 000.- M. in 10 Jahren, dazu 1. St. 70% Teuerungszu-
schlag. Die Bediente, während der 70% der Gehalts-
Zuschlägen mit Urlaub und bezahlbaren Krankheits-
zeiten sind bis zum 10. Juli 1921 bei uns einzureich.
Neubau, den 27. Juni 1921.
Bezirksamt XIV (Neubau).

Der voriges Jahr so sehr beliebte grosse Saison-Ausverkauf hat begonnen

Es gelangen spottbillig zum Verkauf:

1 Posten Wildkalbleder-Derbystiefel, Größe 28/26	27/30	31/34
gute Ledersohlen, genäht, breite Form	29 ⁵⁰	35 ⁵⁰ 39 ⁵⁰
1 Posten Ia schwarze Ledersandalen, Größe 27/30	31/35	
reine Lederausführung, genäht	29 ⁵⁰	35 ⁵⁰
1 Posten Ia Leder-Werkstattschuhe, Größe 36/42	40/48	
reine Ledersohlen	26 ⁵⁰	30 ⁵⁰
1 Posten sehr elegante Herrenstiefel Lackkappe, breite Form, Größe 40/46, jetzt nur	119 ⁵⁰	
1 Posten sehr elegante Herrenstiefel Lackkappe, breite Form, Größe 36/39, jetzt nur	98 ⁵⁰	
1 Posten feste Ia Rindbox-Damen-Hochschäftstiefel garantiert reine Lederausführung	105 ⁵⁰	
1 Posten schwarze Damen-Halbschuhe, kurze Form	59 ⁵⁰	
1 Posten schwarze Damen-Halbschuhe, mit Lackkappe	63 ⁵⁰	

Der Rote Schuhkeller

Berlin SO. 26 nur Naunynstr. 62 Berlin SO. 26

Nähe Kolbuser Tor

Strassenbahnlinien: 1, 2, 3, 5, 11, 12, 26, 28, 33, 48, 52, 90, 93, 95

Schokoladen

Bonbons, Fruchtstangen
u. w. kaufen Sie immer am
billigsten bei

Schneider

Rodenbergstraße 27.

Händler

Seife, Lichte, Schuh-
crem, Streichhölzer
jetzt konkurrenzlos billig!
Nur gut. Qualitätsware

Dietz,
Kl. Frankfurter Str. 13

Kupfer

Messing, Zinn, Quecksilber,
Platin, Gold, Silber

Händlern Extrapreis!
Brunnenstr. 11
Beusselstraße 29
Fennstraße 48

Altmetall

Über Tagespreis
Häckerstraße 92

Hombopath.

Jah. (1900). Erfolgsreich
giftfreie Kuren ohne
Einwirkungen.

Vin-Hohen-
Oberseele 41 (Leipzig)
Husk. u. Woch. 80 Pf.
Porto.

Zu Beginn der Nachmittags-Sitzung wird der Vorschlag angenommen, die Diskussion auch auf die Anträge der Statutenkommission auszudehnen und am Ende dem Vertreter dieser Kommission Stellungnahme vor der Abstimmung zu ermöglichen. Die Versammlung ist einverstanden. Es kommen 17 Redner zu Worte, die sich aber größtenteils in mehr oder weniger parteipolitisch gefärbte Erörterungen, namentlich wegen der Fortnahme des „Freiheit“ aus dem Verlage der „Vorwärts“ in den der „Freiheit“ verlieren.

Es wird bedauert, daß im Zentralvorstande nicht immer alle Mitglieder einig waren, sondern die Verschiedenheit der politischen Parteizugehörigkeit anscheinend lähmend auf die Tätigkeit gewirkt hat.

Bezüglich des Wertes der Arbeitsgemeinschaften waren die Meinungen der Redner geteilt. Gegen die Forderung, daß von den Verbandsbeiträgen statt wie bisher 15 Prozent nur 5 Prozent den Filialstellen verbleiben sollen, sprach Böhm in Stuttgart. Mehrere Redner mahnten dringend, über der verschiedenen parteipolitischen Stellung nicht das höchste Ziel, die Einheit und das einheitliche gewerkschaftliche Arbeiten zu vergessen. Die Arbeiterschaft im Lande habe kein Verständnis mehr für die Parteipolitik und persönlichen Reibereien ihrer Führer. Sie verlange einheitliche praktische Arbeit auf den einmal gegebenen Grundlagen. Endlich wurde von mehreren Seiten bedauert, daß die Redezeit für die Diskussionsredner auf nur 10 Minuten beschränkt werden mußte.

Gewerkschaftliches

Arbeitslose gegen die Kommunistenrawalle

Am Montag fand im Rosentaler Hof eine Arbeitslosenversammlung der Buchbinder und Buchbindereinarbeiterinnen statt. Die starkbesuchte Versammlung nahm zu den 10 Punkten des A.D.G.B. und zu den Demonstrationsvorgängen im Gewerkschaftshaus Stellung. Eine Resolution von Weisel, in welcher dem A.D.G.B. und der Gewerkschaftskommission allein die Schuld der Ausschreitungen anlässlich der Demonstration in die Schuhe geschoben wurde, wurde mit großer Mehrheit abgelehnt und die Resolution des Kollegen Kaspar als Referenten mit großer Mehrheit angenommen. Die Resolution lautet:

Die am 27. Juni 1921 im Rosentaler Hof stattfindende Arbeitslosenversammlung des Verbandes der Buchbinder und Papierarbeiter erklärt sich mit dem bisherigen Ergebnisse der 10 Forderungen des A.D.G.B. nicht zufrieden. Die wenigen Milliarden, welche für die Erwerbslosenunterstützung, für die produktive Erwerbslosenfürsorge, für die Behebung des Baugewerbes zur Herstellung von Wohnungen, für die Reichsaufträge im Verkehrswesen hergegeben wurden, sind wie ein Tropfen auf einen heißen Stein und haben uns eine fühlbare Hilfe nicht gebracht. Die Versammlung fordert, daß die 10 Punkte des A.D.G.B. zu Kampfaktionen der Gesamtarbeiterschaft werden und die gewerkschaftlichen Organisationen diesen Kampf

zu organisieren haben. Die Versammlung bedauert die Vorkommnisse im Gewerkschaftshause und verurteilt diese auf das nachdrücklichste.

Delegiertenversammlung der Angestellten

In der Delegiertenversammlung des Zentralverbandes der Angestellten (Groß-Berlin), Sophienstraße, erstattete Publiß den Bericht über den Verbandstag. Wir haben unsere Leier hierüber bereits durch den Bericht über die Funktionärerversammlung vom 9. Juni 1921 eingehend informiert.

In der Diskussion ging Platau auf die Widerstände ein, die sich bei einem AFD-Verband gegen die enge Zusammenarbeit des Ortskartell des AFD-Bundes mit der Berliner Gewerkschaftskommission und den mit letzterer abgeschlossenen Kartellvertrag ergeben haben. Platau betonte, daß die enge Zusammenarbeit der Arbeiter und Angestellten für den Zentralverband der Angestellten die Grundlage sei, an der unter keinen Umständen getrübt werden dürfe. Er empfahl eine in diesem Sinne gehaltene Resolution zur Annahme.

Fritz Schmidt geißelte das Treiben der kommunistischen Reichsgewerkschaftszentrale, verurteilte aber auch die Bestrebungen einzelner S. P. D.-Mitglieder innerhalb der Organisation, sogenannte Arbeitsgemeinschaften der S. P. D.-Kollegen zu gründen. Auch Kämpel trat diesen Bestrebungen einzelner seiner eigenen Parteigenossen ganz energisch entgegen.

Franz Krüger verteidigte die Handlungsweise seiner Freunde und erklärte, wenn die anderen Richtungen von der Fraktionsbildung Abstand nähmen, daß dann auch die S. P. D.-Kollegen keinerlei Wert mehr auf derartige Sonderzusammenkünfte legen würden, sondern gern mit den übrigen Gewerkschaftskollegen zusammen arbeiten wollten.

Eine Resolution Illmer, welche sich für die enge Zusammenarbeit mit der Berliner Gewerkschaftskommission ausspricht, wurde einstimmig angenommen. Ebenso gelangte eine Entschließung ohne Debatte und einstimmig zur Annahme, worin der AFD-Bund aufgefordert wird, gegen die dringlichste Novelle zur Angestelltenversicherung und deren Durchpfeilung im Reichstag mit aller Energie aufzutreten und sich für die Vereinheitlichung und den Ausbau der Angestellten- und Invalidenversicherung zu einer leistungsfähigen, die gesamte werktätige Bevölkerung umfassenden Sozialversicherung einzusetzen.

Infolge der vorgezögerten Zeit wurden die vorgesehenen Neuwahlen der Revisoren für die Hauptverwaltung und die notwendig gewordenen Ersatzwahlen bis zur nächsten Versammlung vertagt.

U.S.P. Maler, Lackierer, Anstreicher

Wir weisen unsere Genossen auf die heute abend, 7 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“ (Saal 4, Engelauer 15, stattfindende Mitgliederversammlung hin. Der äußerst wichtigen Tagesordnung wegen (Bericht vom Verbandstag und Wahlen für Beirat und Agitationskommission) ist das Erscheinen aller Genossen der U. S. P. D. notwendig.

Berliner Gewerkschaftskommission. Donnerstag, den 30. Juni 1921, abends 6 Uhr, findet im Saal 1 des Gewerkschaftshauses, Engelauer 14-15, die Fortsetzung der Plenarversammlung vom 27. Juni statt. Der Ausschuss der Gewerkschaftskommission Berlins und Umgegend.

Parteiveranstaltungen

Kapitalverband Berlin-Brandenburg. Randtagung. Montag, 4. Juli, abends 6 1/2 Uhr, in der Arbeiter-Bildungsschule, Sitzung. Aus jedem Distrikt muß der Obmann oder ein Stellvertreter anwesend sein.
Niederborsim-Nord (Arbeitsgemeinschaft Oranienburg). Sonntag, den 3. Juli, 10 Uhr, bei Seeger, Oranienburg, Köhlerstraße, wichtige Versammlung sämtlicher Gemeinderäte und Parteifunktionäre. 1. Vortrag über Kommunalpolitik. 2. Wahl des Vorstandes der Arbeitsgemeinschaft. Jeder Ort an der Nordbörse muß vertreten sein.

Donnerstag, 30. Juni

Treptow-Baumhakenweg. Bildungsausschuss. Die Gruppenführer werden gebeten, abends die Karten zum Filmabend bei den Abteilungsleitern abzugeben.

Freitag, 1. Juli

15. Verwaltungsbereich, 14. Treptow. Auf die in der Treptower Sternmarie, abends 7 1/2 Uhr, stattfindende 2. wissenschaftliche und unterhaltende Filmvorführung werden die Genossen nachmals besonders hingewiesen. Die Genossen der anderen Abteilungen sind hierzu eingeladen. Billette à 2,50 M. sind bei den Bezirksführern und an der Kasse zu haben. Sämtliche Abteilungen der Sternmarie sind zur Reglung und während der Pause gelteht.
2. Distrikt (Berlin-Mitte). 2. Abteilung. Sitzung sämtlicher Funktionäre 7 1/2 Uhr bei Kurgard, Platanenstraße 5.
18. Distrikt (Südost 18.). 2. Abt. Abends 7 Uhr Funktionärskonferenz bei Knapp, Grünhölzer Str. 6. Gruppenführer bringen die alten Stempel mit.
19. Distrikt, Kreuzberg. Abends 7 Uhr Sitzung der Bildungskommission bei Reblitz, Seimstraße 40.

Bereinskalender

Freitag, 1. Juli

Band der todkranken Kugelkinder und Benennen. Mitgliederversammlung Kewitz, Restaurant Bürgerstraße, Bergstr. 147, 7 1/2 Uhr. Oberkühnweide, Habertus, Götzen, Otto Weidtrah, 7 1/2 Uhr. Oben 2. Logenstraße, Annerstomende 2, 7 1/2 Uhr. Schöneberg, Eberhard, Oberstr. 68, 7 1/2 Uhr. Südosten, Rekl. Grünauer Garten, Grünauer Str. 14, 7 1/2 Uhr. Tempelhof, Kalko-Kellner, Tempelhof, Berliner Straße, 7 1/2 Uhr. Weichenhe, Rekl. Spatenstraße, Berliner Höhe 202, 7 1/2 Uhr. Außerordentliche Generalversammlung der Ortsverwaltung Zentrums im Rekl. Alexandriner, Alexandrinerstr. 27a, abends 7 1/2 Uhr.
Deutsche Friedensgesellschaft, Ortsgruppe Berlin. 7 Uhr spricht Herr R. Meier, 2. Vorsitzender der Deutschen Friedensgesellschaft, Ortsgruppe Berlin, im Bürgerhaus des Berliner Rathauses, Neue Königstraße, über den Stand der Angelegenheit des Charlottenburger Schloßparks.

Jugendbewegung

Sozial. Proletariatsjugend Groß-Berlin. Donnerstag, den 30. Juni, 7 Uhr, Zentralversammlung im Jugendheim, Breite Str. 5-6.
Sozial. Proletariatsjugend Klein. Freitag, den 1. Juli, 7 Uhr, abend bei Wittich, Petersburger Str. 5.

Geschäftliches

Unter dem neuen Titel „Film-Palast-Kartelle“, Kappeler, 29, eröffnet die Direktion des Filmpalastes am 1. Juli 1921 eine Variété-Bühne. Nach den neuesten Gegebenheiten wurde dieselbe eine ganz neue Bühne geschaffen, welche den modernsten Anforderungen eines Spezialitäten-Theaters entspricht. Es finden im Monat Juli auch große internationale Ringkämpfe statt. Täglich nur eine Vorstellung um 7 Uhr, Sonntag nachmittags 4 Uhr findet eine Familienvorstellung statt. Einheitspreis für dieselbe 2,20 M.
Verantwortlich: für Politik u. Journalistik: Des R. Dieckhoff, Berlin-Friedenau; für Kommunalpolitik, Politik und Gewerkschaft: Robert Henkel, Berlin; für den Internatenteil u. geschäftliche Mitteilungen: Ludwig Komorzinski, Charlottenburg. — Verlagsgenossenschaft „Freiheit“, s. G. m. b. H., Berlin. — Druck der Berliner Druckerei G. m. b. H., Berlin E 2, Breite Str. 5-7.

HERMANN TIETZ
Leipziger Strasse • Alexanderplatz
Frankfurter Allee

Neue Kartoffeln grosse Italiener... Pfund **1⁶⁵**
Corned beef ausgewogen... Pfund **6⁹⁰**
Apfelmus 2-Pfund-Dose **2⁶⁰**
Gefrorene Kaninchen ohne Kopf und Füße... Pfund **3⁹⁰**

Nur Leipziger Strasse — Alexanderplatz

Fehlrippe u. Brust gefroren Pfund 8⁰⁰	Schabefleisch gefroren Pfund 12⁰⁰	Roast beef mit Knochen, gefroren Pfund 10⁰⁰	Kalbskeule frisch Pfund 10⁵⁰
Schmorfleisch ohne Knochen, gefroren Pfund 10⁵⁰	Gehacktes gefroren Pfund 9⁰⁰	Kalbskamm frisch Pfund 9⁰⁰	Hammelfleisch frisch Pfund 12⁰⁰

Bratflundern Pfund **1²⁵**
Kabliau mittelgross, im ganzen Pfund **2²⁰**
Gebrannter Kaffee 15glich frisch, in eigener Rösterei Pfund **18⁰⁰**
Marmelade ca. 40% Zucker Pfund **1⁴⁰**

Rindertalg ausgelassen Pfund **6⁰⁰**
Amerik. Heereskost Bohnen mit Schweinefleisch Dose **2⁷⁵**
Rotwurst Thüringer Art Pfund **10⁰⁰**
Landleberwurst Pfund **10⁵⁰**

Wir bringen in dieser Woche besonders billig Spirituosen und Liköre	Hate-Liköre wie Sionadorfer, Heil und 1910, Alpenkräuter usw. 1/2 Flasche 21⁵⁰ 1/2 Flasche 42⁰⁰	Cherry-Brandy aus edlem Kirschwasser hergestellt 1/2 Flasche 26⁰⁰ 1/2 Flasche 50⁰⁰	Allasch 00 in Qualität 45% 1/2 Flasche 29⁵⁰ 1/2 Flasche 58⁵⁰	Jamaikorum-Verschnitt alte, abgeklärte Qualität 1/2 Flasche 23⁰⁰ 1/2 Flasche 45⁰⁰
5000 Fl. Deutscher Weinbrand u. Weinbrand-Verschnitt				
Billige Weine Preise einschliesslich Flasche, ohne Steuerzuschlag	Bowlenweine 1/2 Fl. 8⁰⁰ 10 Fl. 75⁰⁰	1919" Edenkobener 1/2 Fl. 9⁷⁵ 10 Fl. 90⁰⁰	1918" Langsurer Berg 1/2 Fl. 13⁵⁰ 10 Fl. 125⁰⁰	1917" Burgunder Beaujolais 1/2 Fl. 10⁵⁰ 10 Fl. 20⁰⁰
	Koch-Rotwein gute Qualität 1/2 Fl. 7⁵⁰ 10 Fl. 70⁰⁰	1918" Montagna-Naturrotwein 1/2 Fl. 9⁷⁵ 10 Fl. 90⁰⁰	1917/18" Ingelheimer Rotwein 1/2 Fl. 12⁰⁰ 10 Fl. 110⁰⁰	1919" Neustadter Böhl Originalgebüde 1/2 Fl. 18⁵⁰ 10 Fl. 175⁰⁰

Fortsetzung des Saison-Ausverkaufs zu sensationell billigen Preisen

Alle Metalle Preiserhöhung!
Zinn! Weichmetalle! Zinn bis 100%
Dringend für Copiergeräth!
Kupfer! Nickel! Zinn! Zinn bis 100%
Zinn! - Aluminium!
Zinn! - Stannolpapier!
Stahlschrauben! - bis 100%
Gedmetall-Einkaufsbüro, Weberstr. 31.

Billige Arbeiterstiefel!
gut durchgeputzt, neu beschliffen.
Schnürschuhe, Paar Mark 35,-
Schaftstiefel, Paar Mark 50,-
sowie Geschützschuhe und Leder aller Art zu außerordentlich billigen Preisen.
Militärmäntel, Röcke u. Hosen zu selbstbilligen Preisen.
Eisledener Str. 11, Laden 4. Kronenstr. 28, Ecke Rykestr.
Berlin O, Frankfurter Allee 217
Charlottenburg, Schorenstraße 31.
Spandau, Oberlindenstr. 2. Tel.: Spandau 429 (Hieb-Abt.)

Demnächst erscheint! **G. SINOWJEW** Demnächst erscheint!
DER AUFBAU DER VOLKSWIRTSCHAFT UND DIE SOWJETMACHT
(Rede auf einer allgemeinen Konferenz der Betriebsleiter / Petrograd, April 1921)
Inhalt: Der imperialistische Krieg und seine Erbschaft / Die internationale Lage der Republik / Das Anwachsen der Weltrevolution / Die Intrigen der Menschewisten / Kronstadt / Unsere Lebensmittelfrage / Naturalabgaben / Dekrete über die Verbesserung der Arbeiterlage / Die politische Arbeit und die Parteilosens / Schlusswort: Zwei Abwege der Arbeiterbewegung / Die Verbrechen des Menschewismus / Überall sind die Arbeiter für die Sowjets / Unter der Waage der Parteilosens / An der Schwelle des Aufbaus / Nachmals: Kronstadt / Der neue Weg
Preis Mark 2.-
Zu beziehen durch: Verlagsbuchhandlung Carl Hoym, Nachf. Louis Cahnbley, Hamburg 11 / Franke Verlag, G.-m.-b.-H., Leipzig

BOTENFRAUEN
stellt ein
Sped. Jordan, Dresdener Str. 24

NOTGELDSCHHEINE
Praktische Banknoten. Farb. Münzen und Briefe. Berlin W 66, Wilhelmstr. 46.

Alles in den Schatten stellend sind unsere jetzigen Preise
Herrn-Anzüge, teils a. Seide, Wert bis 800 M., jetzt 300, 350, 400 M.
Fern, Kreuzschloß, Seidenmantele, 50%, herabgesetzt. Keine Lombardw.

Leihhaus Brunnenstraße 5